

Wirtschaftspolitische Gedanken, die in Aufsätzen und Berichten des „Wirtschaftsdienst“ entwickelt werden, stehen allein unter der Verantwortung der Verfasser. Sie stellen keine Meinungsäußerungen der Herausgeber dar. Die Verantwortung für die „Anmerkungen“ trägt die Schriftleitung.

Sparprogramm gegen Zolltarif in Großbritannien

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Es ist zu befürchten, daß die moralischen Kräfte der britischen Nation in falsche Bahnen gelenkt werden und daß uns ernste Schwierigkeiten bevorstehen mögen, wenn wir uns nicht mit größerem Erfolg als bisher um eine Analyse der wirklichen Natur unserer Probleme bemühen.

Unter den Auspizien der Nationalen Regierung und unterstützt von nahezu der ganzen Presse wird eine Sparpropaganda betrieben, die sich ausschließlich auf den Gedanken der „Einsparung“ im nationalen, kommunalen und persönlichen Haushalt konzentriert, und zwar wird darunter der negative Akt der Einschränkung von Ausgaben, die heute noch die produktiven Kräfte zur Betätigung anreizen, verstanden. Wenn aber diese Einschränkung großen Erfolg hat, weil der Bürger glaubt, ein solches Verhalten dem Lande schuldig zu sein, so kann das meiner Ansicht nach so schwerwiegende soziale Folgen zeitigen, daß das ganze System unseres nationalen Lebens erschüttert wird. Es gibt in dem offiziellen Sparprogramm — mag es nun aus allgemeinen Gründen zu empfehlen sein oder nicht — kaum einen Posten, der nicht mit Sicherheit die Arbeitslosigkeit erhöhen, die Geschäftsgewinne herabdrücken und den Steuerertrag vermindern wird, und zwar so sehr, daß nach meiner Berechnung das Budgetdefizit durch Einsparungen in Höhe von 100 Mill. £ per Saldo möglicherweise um nicht mehr als 50 Mill. £ reduziert wird. Denn wir würden uns gegenseitig Sand in die Augen streuen, wenn wir annehmen wollten, daß die fraglichen Ersparnisse ohne jede Rückwirkung auf die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen oder auf den Ertrag der bestehenden Steuern durchgeführt werden können. Inzwischen liest man Tag für Tag in der Zeitung, daß die Lokalbehörden den Wink aufnehmen, daß hier der Plan einer neuen Brücke, dort der Plan eines Hospitals oder eines Schulhauses aufgegeben worden ist. Wenn wir jedoch die „Sparsamkeit“ auf allen Gebieten logisch zu Ende führen, so werden wir finden, daß wir das Budget mit einer Einnahme und einer Ausgabe von Null ins Gleichgewicht gebracht haben, während wir alle verhungert auf dem Rücken liegen, weil wir es aus Ersparnisgründen ablehnen, die Dienste unserer Nächsten in Anspruch zu nehmen. Der Ministerpräsident hat gesagt, daß es heute genau so ist wie im Kriege und viele Leute glauben ihm. Aber genau das Gegenteil ist der Fall.

Während des Krieges war es nützlich, auf vermeidbare Aufwendungen zu verzichten, weil dadurch Mittel frei wurden, um den unersättlichen Bedarf für die militärischen Operationen zu befriedigen. Wozu sollen wir heute Mittel freisetzen? Damit die Leute an den Straßenecken herumstehen und Unterstützung beziehen.

Wenn ein Land bereits eine hohe Arbeitslosigkeit hat und über große unbeschäftigte Mittel jeder Art verfügt, so ist Sparsamkeit vom nationalen Standpunkt nur nützlich, sofern dadurch der Verbrauch an importierten Gütern vermindert wird. Weitere Ersparnismaßnahmen sind vollständig nutzlos; sie bringen nur Arbeitslosigkeit, Geschäftsverluste und verminderte Kapitalbildung. Eine unter diesen Umständen erzwungene Sparsamkeit ist aber ein außerordentlich indirektes und verschwenderisches Mittel, die Einfuhr zu verkleinern. Wenn man in Großbritannien Entlassungen vornimmt und das Einkommen des Behördenpersonals reduziert, so wird die finanzielle Position des Landes nur in dem Maße entlastet, wie die direkt und indirekt Betroffenen davon absehen müssen, importierte Lebensmittel zu kaufen. Aber das wird wahrscheinlich nur 20 % der gesamten erzwungenen Ersparnisse ausmachen. Die restlichen 80 % sind vergeudet und stellen entweder eine bloße Verlustabwälzung oder neue Arbeitslosigkeit dar, die darauf zurückzuführen ist, daß britische Bürger es ablehnen, die Dienste ihrer Mitbürger in Anspruch zu nehmen. Was ich hier sage, wird mit absoluter Sicherheit eintreten, und dennoch zweifle ich daran, ob einer unter den Millionen, die heute nach Sparsamkeit rufen, die bescheidenste Vorstellung von den wirklichen Folgen seines Begehrens hat. Das gleiche trifft außer auf Großbritannien auch auf andere Länder zu.

Damit wird nicht gelehrt, daß es in Großbritannien ein Budgetproblem gibt — ganz im Gegenteil. Die Dinge liegen so, daß der Stand der öffentlichen Finanzen in der Hauptsache Symptom und Folge anderer Ursachen ist, daß der Spargedanke als solcher eher geeignet ist, diese anderen Ursachen zu verschärfen als sie zu beseitigen und daß folglich das Budgetproblem, wenn man es nur von der Seite der Einsparungen anpackt, wahrscheinlich unlösbar ist.

Worauf sind die Nöte Großbritanniens im Grunde zurückzuführen? Großenteils auf die Weltdepression; unmittelbar auf die unglaubliche Unüberlegtheit der

Hochfinanz in der City, die nur von den entsprechenden Institutionen in New York noch überboten wird und ursprünglich auf die Politik der Rückkehr zur Goldwährung ohne die geringste Ahnung von den besonderen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren. Zu behaupten, unser Problem sei ein Budgetproblem, würde der Behauptung gleichkommen, das deutsche Problem sei ein Budgetproblem, wobei die Reparationsfrage vollkommen übersehen wird.

Was nun die Weltdepression angeht, so können wir im Augenblick absolut nichts tun, denn Großbritannien hat jetzt die Möglichkeit, in den internationalen Fragen die Initiative zu ergreifen, die es im Mai zurückzugewinnen schien, verloren, während die Vereinigten Staaten, die noch immer die Initiative ergreifen könnten, es prinzipiell ablehnen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, bevor es zu spät ist. Auch sind die Ergebnisse ungesunder internationaler Bankpolitik zurzeit nicht wieder gutzumachen. Uns blieb nur die Wahl, an der gegenwärtigen Goldparität der Wechselkurse festzuhalten oder nicht. Diese Frage wurde aus Gründen, die ich verstehe, mit denen ich jedoch nicht ganz übereinstimme, in bejahendem Sinne entschieden. Aber darum handelt es sich im Augenblick nicht. Die Entscheidung, an der Goldwährung, koste es, was es wolle, festzuhalten, ist gefallen. Es handelt sich darum, daß das Kabinett und die Öffentlichkeit keine klare Vorstellung davon zu haben scheinen, was zur Ausführung ihrer eigenen Entscheidung zu geschehen hat, abgesehen von der offensichtlichen Notwendigkeit, eine Auslandsanleihe für die unmittelbaren Bedürfnisse aufzunehmen, die, obwohl sie erwünscht und unschädlich ist, doch nur die Wirkung hat, Geld, das wir früher in Sterlingform geborgt hatten, durch Franken- und Dollarkredite zu ersetzen. Aber man wird nicht annehmen, daß wir uns ständig auf Auslandsanleihen verlassen können. Im übrigen kann unser Problem nur durch eine Verbesserung unserer laufenden Handels- und Leistungsbilanz gelöst werden. Darüber sollte das Britische Kabinett nachdenken.

Man kann das Problem nur von zwei Seiten her anpacken. Die eine Möglichkeit — es ist die mildere Lösung — besteht in direkten Maßnahmen zur Einfuhrbeschränkung (und wenn möglich in Exportsubventionen), die andere in einer Reduktion aller Nominallöhne innerhalb des Landes. Es mag sein, daß wir letzten Endes beide Möglichkeiten ausprobieren müssen, wenn wir uns weigern, eine Devaluation vorzunehmen. Aber heute handelt es sich darum, zu entscheiden, was zuerst

versucht werden soll. Nun aber würde das letzte Projekt, wenn es zum Erfolg führen soll, eine so drastische Lohnreduktion erfordern und so entsetzlich schwierige, wahrscheinlich unlösbare Probleme sowohl der sozialen Gerechtigkeit wie auch der praktischen Methode in sich schließen, daß es eine Verrücktheit wäre, nicht zuerst die Wirkungen der anderen, viel mildereren Maßnahme einer Einfuhrbeschränkung zu erproben.

Hinzu kommt, daß dieser Plan noch andere wichtige Vorzüge hat. Er wird nicht nur zu einer Entlastung des Devisenmarktes führen. Er würde mehr als jede andere Einzelmaßnahme zum Ausgleich des Budgets beitragen und er stellt die einzige uns verbleibende Form der Besteuerung dar, die tatsächlich die Gewinne erhöhen, den Beschäftigungsgrad verbessern und Unternehmungslust und Vertrauen der Geschäftswelt heben wird. Schließlich ist es die einzige Maßnahme, die — begreiflicherweise — auf eine starke Unterstützung von seiten der öffentlichen Meinung rechnen kann. Es wird von glaubwürdiger Seite berichtet, daß das letzte Kabinett im Verhältnis drei zu eins für den Zoll war. Es hat den Anschein, als ob das gegenwärtige Kabinett sich mit vier zu eins dafür aussprechen könnte. Das dritte Kabinett, das nach diesen allein noch denkbar ist, ist einstimmig dafür. Da nun aber „Verzicht“ die Losung des Tages ist, haben wir im Geiste der Selbstopferung den glänzenden Gedanken einer „nationalen“ Regierung gefaßt, die darauf basiert, daß jedes Kabinettsmitglied für die Dauer ihres Bestandes bereit ist, auf diejenigen Maßnahmen zu verzichten, die es für die einzige gesunde Lösung unserer Schwierigkeiten hält. Es sind nur drei Wege der Politik möglich. Der erste besteht darin, das Risiko einer forcierten Inlandskonjunktur auf sich zu nehmen, weil es dem erzwungenen Nichtstun vorzuziehen ist. Der zweite besteht darin, eine allgemeine Reduktion der Löhne und im Interesse der sozialen Gerechtigkeit auch anderer Einkommen, soweit das angängig ist, zu organisieren. Der dritte besteht in einer drastischen Einschränkung der Einfuhr. Wenn ich die Lage richtig verstehe, hat sich die „nationale“ Regierung verpflichtet, alle drei zu vermeiden. Ihre Politik besteht darin, die Lebenshaltung der Menschen, die sich innerhalb ihres Bereiches befinden, zu senken, in der Hoffnung, daß ein kleiner Teil dieser Verminderung des Aufwands zu Lasten der Einfuhr gehen wird. Diese Politik mit Vorbedacht einer direkten Einfuhrbeschränkung vorzuziehen, ist augenscheinlich unsinnig. Wir kommen deshalb zu dem Schluß, daß nur noch wenige Monate vergehen werden, bevor Großbritannien den Zoll einführt.

Die öffentlichen Lasten der Reichsbahn

Von Dr. Wilhelm Utermann (Berlin)

Durch die Hoover-Aktion ist der deutschen Regierung die Zahlung der Young-Annuität in Höhe von rund 1,6 Milliarden RM vom 1. Juli 1931 bis zum 1. Juli 1932 gestundet worden. Die sogenannte aufschiebbare Annuität braucht vom Deutschen Reich in dieser Zeit überhaupt nicht aufgebracht zu werden, die unaufschiebbare Annuität, 660 Mill. RM, muß zwar aufgebracht und der Basler Reparationsbank überwiesen

werden, wird uns aber von ihr unverzüglich zurückgeliehen. Diese 660 Mill. RM sind gerade jene Summe, die die Deutsche Reichsbahn normalerweise auf Grund des Young-Plans als ihren Beitrag zur Reparationszahlung leistet. Es ist nun von verschiedenen Seiten angedeutet worden, die Reichsbahn solle davon entbunden sein, diesen Betrag jetzt, da die Reparationsverpflichtung ruhe, dem Reich zur Verfügung zu stellen;